

Deutscher Bundestag
Bundeskanzler a. D.
Helmut Schmidt

11011 Berlin

Leipzig, den 17. Oktober 2003

Zur „Weinerlichkeit“ der Ostdeutschen - Stellungnahme des Seniorenbeirates der Stadt Leipzig

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler a.D.,

Wenn Sie die Rentner in Ostdeutschland und speziell ihre Weinerlichkeit wegen der zu geringen Renten zum Kotzen finden, dann können wir damit leben. Wenn Sie diese, Ihre private Meinung, aber so äußern, dass sie durch alle Medien geht, dann ist das ein Faktum, das wir, der Seniorenbeirat der Stadt Leipzig, nicht ohne Widerspruch hinnehmen können.

Weinerlichkeit gibt es in allen Altersgruppen und in allen Regionen. Wir erleben jedoch viel Bemühen, sich mit neuen Lebensbedingungen auseinander zu setzen.

Der Seniorenbeirat der Stadt Leipzig, der die Interessen der älteren Bürger unserer Stadt vertritt, hat in den vergangenen 12 Jahren seiner Tätigkeit u. a. auch Arbeitsbeziehungen mit Seniorenbeiräten aus den westlichen Bundesländern aufgebaut und daran gearbeitet, dass die westdeutschen Partner mehr Verständnis für die Lage der Senioren in den neuen Bundesländern entwickeln und wir andererseits auch die Lage der älteren Frauen in Westdeutschland begreifen, die mit einer sehr geringen Rente auskommen müssen. Die von Ihnen gemachten Äußerungen werfen uns bei unseren Bemühungen um gegenseitiges Verständnis um Jahre zurück. In diesem langen Prozess waren wir bestrebt, subjektive, oberflächliche Einschätzungen durch konkrete sachliche Informationen zu ersetzen und das Gemeinsame im Anliegen nach vorn erkennen zu lassen.

Ihre Äußerung in der Öffentlichkeit schadet dem Prozess der Annäherung zwischen Ost und West und beeinflusst die politische Kultur negativ, zumal darin ungeprüft statistische Vergleiche, wie sie manchmal durch die Presse gehen, als Grundlage Ihrer Position dienen.

Es ist sachlich falsch, dass die Renten in den neuen Bundesländern – vor allem die der Frauen – höher sind als die Renten in Westdeutschland.

Den Berechnungen, die zu diesem Fehltrail führen, liegt ein falscher Vergleich zu Grunde.

Hier werden die Zahlbeträge für die Renten in den neuen Bundesländern, die auch das Alterseinkommen für Professoren, Rechtsanwälte, Schuldirektoren und andere Berufsgruppen enthalten, verglichen mit den Zahlbeträgen für die Rentner in Westdeutschland, die ausschließlich das Alterseinkommen der abhängig Beschäftigten umfassen. In Westdeutschland fließen demnach die höheren Beträge für die Alterssicherung aus Pensionen und die betriebliche Alterssicherung nicht in den Vergleich ein.

Hier wird also eine Teilmenge – die Summen der Rentenbezüge westdeutscher Rentner (ohne Pensionäre) – verglichen mit der Gesamtmenge – die Summen der Rentenbezüge der ostdeutschen Rentner, die den Personenkreis einschließt, der in Westdeutschland Pensionen u. ä. empfangen würde.

Wir verwarren uns auch dagegen, dass von einer Weinerlichkeit der ostdeutschen Rentner gesprochen wird.

Tatsächlich gibt es einen Teil der Rentner in den neuen Bundesländern, der seinen Lebensunterhalt mit einer auskömmlichen Rente bestreitet. Diese Renten sind durch jahrzehntelange Arbeit verdiente Altersbezüge. Dahinter stehen entsprechend viele Arbeitsjahre, von denen jedes einzelne durch den Unterschied bei den Entgeltpunkten niedriger bewertet wird, als die Arbeitsjahre im Versicherungsleben westdeutscher Rentner. Dennoch wird nicht weinerlich geklagt.

Auch nicht von jenen, die tatsächlich geringe Rentenzahlbeträge haben und nur mit gewissen Abstrichen im Vergleich zur Lebensgestaltung während der Erwerbstätigkeit zurechtkommen. Zu dieser Gruppe gehören z. B. Personen, die in der DDR-Zeit im Handel, im Dienstleistungsgewerbe und in der privaten Wirtschaft beschäftigt waren und deren Einkünfte schon damals sehr niedrig lagen.

Dass auf die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West gedrängt wird, hat mit Folgendem zu tun:

- ◆ Die Unterschiedlichkeit des Wertes der Entgeltpunkte wird als Gerechtigkeitslücke empfunden und wird nicht auf unbegrenzte Zeit hingenommen werden.
- ◆ Die ostdeutschen Rentner haben keine private Altersvorsorge aufbauen können und bekommen auch kaum Zahlungen aus einer betrieblichen Altersvorsorge.
- ◆ Mit der bevorstehenden Gesundheitsreform werden weitere finanzielle Belastungen auf die Bürger zukommen, die sich als reale Senkung des Lebensniveaus auswirken werden, und zwar werden diese Belastungen die ostdeutschen Rentner in gleichem Maße treffen wie die Westdeutschen.
- ◆ Wenn wir für die Anpassung der Lebensverhältnisse in Ost und West eintreten, dann tun wir das auch im Blick auf unsere Kinder und Enkel. Die älteren Menschen in Ostdeutschland machen sich Sorgen um die oft so unsichere Zukunft, aber das ist kein Jammern sondern solidarisches Denken.

Schon jetzt zeigt sich, dass die heute und in den nächsten Jahren in das Rentenalter eintretenden Bürger wegen der durch Arbeitslosigkeit bedingten geringeren Zahl der Arbeitsjahre deutlich geringere Rentenzahlbeträge erhalten werden, die auch noch wegen früherer Inanspruchnahme der Rente mit Abschlägen belegt sind.

Von Ihnen, Herr Bundeskanzler a.D., und von jedem prominenten Politiker, erwarten wir, dass Äußerungen in der Öffentlichkeit auf sachlich richtige Prämissen gegründet und im Blick auf ihre Wirkungen geprüft werden.

Gleichzeitig möchte ich Sie auf eine kleine Broschüre zum „Bild des älteren Menschen“ vom Seniorenbeirat der Stadt Leipzig aufmerksam machen, die ich Ihnen als Anlage beifüge.

Mit freundlichen Grüßen

Irmgard Gruner
Sprecherin des Senioren-
beirates der Stadt Leipzig

Anlage